

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil: die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil: die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 19

Dienstag, den 24. Januar 1933

Jahrgang 105

Erwägungen über einen Staatsnotstand

Letzte Versuche einer parlamentarischen Mehrheitsbildung aufgenommen - Der Reichskanzler zur Berichterstattung bei Hindenburg

U. Berlin, 24. Jan. Der Reichspräsident empfing am Montag vormittag den Reichskanzler von Schleicher zum Vortrag über die politische Lage und den Stand des Arbeitsbeschaffungsprogrammes. Die „Vossische Zeitung“ behauptet, unterrichtete Persönlichkeiten glaubten, aus manchen Anzeichen schließen zu dürfen, daß der Gedanke, einen „Staatsnotstand“ zu konstruieren und daraus die Zulässigkeit einer Verschiebung von Neuwahlen abzuleiten, in der Wilhelmstraße schon seit geraumer Zeit erwogen und erörtert werde. Das Blatt meint, Reichspräsident und Reichsregierung würden mit der Durchführung eines solchen Planes in einen nicht wieder aufzumachenden Konflikt mit den verfassungstreuen Teilen der Bevölkerung geraten. Sie würden für die Verfassungsgegner den willkommenen Rechtsvorgang schaffen, wie man durch eine willkürliche, aedankliche Konstruktion eines Staatsnotstandes eine Verfassung außer Kraft setzen könne. Auch die „Germania“ meint, die innere Beunruhigung eines Volkes, das seit Jahr und Tag in leidenschaftlichen inneren Kämpfen liege, lasse sich durch die Dekretierung eines Notstandes und durch die diktatorische Handhabung der Regierungsgewalt wohl nicht beilegen. Es entspreche den besten Traditionen der Zentrumspartei, wenn sie auf die Gefährlichkeit solcher Pläne hinweise, mit denen man den festen Boden einer in ihren Folgen wohl durchdachten und in jedem Augenblick noch überlebenden Politik verlassen würde. Der Vortragsantrag, den das Zentrum am Freitag im Reichstagsrat gestellt habe, habe ursprünglich keineswegs in der Absicht der Zentrumsfraktion gelegen. Er sei gestellt worden, nachdem am Montag aus ausdrücklichen Wunsch des Reichskanzlers zwischen ihm und der Zentrumsfraktion eine nochmalige Aussprache stattfand, in der die theoretische Möglichkeit gewisser parlamentarischer Lösungen erörtert und ein Versuch in dieser Richtung offenbar unipathtisch gewertet worden sei. Der Weg, der vom „Notstand“ der Reichsregierung seinen Ausgang nimmt, sei leider nicht im Sinne des geringen Risikos und der größeren politischen Beruhigung zu werten.

Aussprache von Besprechungen zwischen NSDAP. und Zentrum.

Zwischen den Reichstagsfraktionen der NSDAP. und der Zentrumspartei fand gestern eine kurze rein informatorische Aussprache statt, an der von jeder Seite nur ein Vertreter beteiligt war. Es ist anzunehmen, daß diese Besprechungen heute fortgesetzt werden.

Die Tatsache, daß die ersten Vorbereitungen zwischen dem Zentrum und der NSDAP. nunmehr, wenn auch in ganz unvollständiger Form aufgenommen worden sind, hat in Berliner politischen Kreisen starke Beachtung gefunden. Jedoch dürfte hierbei kaum viel geklärt worden sein. Gleichwohl ist es beachtlich, daß der „Deutsche“ davon spricht, daß von den Nationalsozialisten an eine lose Vereinigung gedacht werde, aus der heraus man ein „Kabinett der Köpfe“ bilden könne, also ein nationales Kabinett, das fürs erste lediglich auf ein Loslösen der Harzburger Parteien und Verbände rechnen könne. Vielleicht hoffe man für diesen Ausweg auch das Zentrum zu gewinnen. Die Aussichten für den Erfolg eines solchen Planes seien allerdings minimal. Das läßt darauf schließen, daß das Zentrum bei seinen Verhandlungen nicht an eine kurzfristige Lösung denkt und daß es etwa den Plan, ein neues Kabinett zu bilden, das nach kurzer Zeit Wahlen durchzuführen hätte, ablehnt. Dagegen dürfte das Zentrum immer noch bereit sein, ein Kabinett zu

gebilden, das eine politische Stabilität für dieses Jahr garantiert. Die Stabilität der Regierung könnte aber nach der Ansicht des Zentrums nur durch die Sammlung starker Volkskräfte in einer genügend breiten Front der Zusammenarbeit gewährleistet werden.

Sicher dürfte sein, daß die Stellung des Reichskanzlers Schleicher vorläufig noch unerschüttert ist, da der Reichspräsident selbstverständlich nur dann an einen Kabinettswechsel denken dürfte, wenn es gelingt, eine breite parlamentarische Front vom Zentrum bis zu den Deutschen nationalen zusammenzufassen. Selbst für den Fall, daß Verhandlungen über eine „Harzburger Front“ Erfolg hätten, müßte die Mitarbeit des Zentrums, und sei es in der Form der Tolerierung, gesichert werden. Unter diesen Umständen gewinnt neuerdings der Gedanke eines beschränkten Ermächtigungsgesetzes, das eine Ausschaltung des Reichstages auf ein Jahr zum Ziele hätte, an Boden.

Hitler nach München abgereist.

Adolf Hitler hat am Montagabend die Rückreise nach München angetreten.

Aufmärsche grundsätzlich unerwünscht

U. Berlin, 24. Jan. Zu der Presselampagne über den nationalsozialistischen Aufmarsch auf dem Bülowplatz in Berlin erfährt die U. von unterrichteter Seite, daß Reichskanzler von Schleicher der Auffassung sei, daß solche Aufmärsche grundsätzlich unerwünscht seien. Nachdem jedoch zahlreiche Drohungen von kommunistischer Seite ausgesprochen worden seien, habe der Reichskanzler im Interesse der Staatsautorität sich nicht unter kommunistischen Druck setzen lassen und den bereits genehmigten Aufmarsch verbieten können. In den Unterredungen des Kanzlers mit den kommunistischen Abg. Forster und Kaspar ist festzustellen, daß der Kanzler hierbei den Abgeordneten lediglich seine oben wiedergegebene Auffassung zum Ausdruck gebracht hat.

Der Dank des Berliner Polizeipräsidenten an seine Beamenschaft

Der Polizeipräsident von Berlin hat seiner Beamenschaft folgenden Dank ausgesprochen: „Allen Beamten der Schutzpolizei und der politischen Polizei spreche ich für die pflichttreue und erfolgreiche Arbeit am vergangenen Sonntag meinen Dank und meine besondere Anerkennung aus. Die Berliner Polizei hat erneut bewiesen, daß sie pflichtgemäß Erlaubtes schützt und Verbotenes verhindert, nicht aber umgekehrt Erlaubtes verbietet, weil ordnungsfeindliche Elemente es zu stören drohen. Mit solchen falschen Verfahren würde sich die Polizei zwar für den Augenblick ihre Sache leicht machen, auf die Dauer aber der Staatsautorität schaden, die auch für den Polizeibeamten selbst der beste Schutz und die größte Erleichterung seines Dienstes ist.“

Sozialdemokratische Massenkundgebung in Berlin

Das Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der „Vorwärts“, kündigt in einer Sonderausgabe für den nächsten Sonntag eine Massenkundgebung unter dem Leitwort „Berlin bleibt rot“ an. Der Aufmarschplan werde noch bekanntgegeben.

Das Zentralorgan der kommunistischen Partei Deutschlands, die „rote Fahne“, kündigt in einer Extraausgabe für Mittwoch eine Massendemonstration auf dem Bülowplatz an.

beschäftigt, das neugebildete Eis anzubrechen und die zusammengetriebenen Eismassen in Bewegung zu halten.

Strandung eines Lübecker Dampfers inolge Schneesturms.

Am Montag früh gegen 4 Uhr strandete auf der Höhe von Schwedenhorst der 600 Bruttoregistertonnen große Dampfer „St. Lorenz“ von der Lübeck-Linie A. G., der sich auf der Fahrt von Lübeck nach Danzig und weiter nach Riga befand. Anselmend hatte die Schiffsführung im Schneesturm die Orientierung verloren. — Infolge der außerordentlich starken Kälte — aus Nordschweden werden über 40 Grad gemeldet — sind die Eisverhältnisse an der schwedischen Küste außerordentlich schwierig geworden. Mehrere Segelschiffe sind eingestürzt, desgleichen der deutsche Dampfer „Emsland“.

Kälteeinbruch auch im Süden.

U. Rom, 23. Jan. An der nördlichen Adria ist zugleich mit einem orkanartigen Nordostwind ein starker Kälteeinbruch zu verzeichnen. In Triest hat die Kälte in der Nacht zum Montag 5 Grad unter Null erreicht. Die Bora weht mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 83 Stundenkilometern

Tages-Spiegel

In Berlin sind gestern die Versuche einer parlamentarischen Mehrheitsbildung mit einer Besprechung zwischen NSDAP. und Zentrum erneut aufgenommen worden. Hitler hat Berlin wieder verlassen.

Reichskanzler v. Schleicher hat dem Reichspräsidenten über die politische Lage Bericht erstattet. Pressenachrichten zufolge wird immer noch die Erklärung eines staatlichen Notstandes erwogen.

Die Reichsregierung hat sämtlichen Mächten eine neue Note über die Agrarbeschwerden der Deutschen in Polen übermittelt.

Innerhalb des Präsidiums der Abrüstungskonferenz fand eine Aussprache über Rüstungskontrolle und Minderheitenproblem statt, wobei der deutsche Vertreter einen ungehörigen Vergleich des Fischen Benech zwischen Landesvertretern und Minderheiten zurückwies.

Der Sturm auf die Brünner Kaserne hat sich nachweislich als schicksallicher Umsturzversuch herausgestellt. Der tschechische Führer General Garza ist in Haft genommen worden.

Infolge eines scharfen Kälteeinbruchs im Norden sind die deutschen Nordseeinseln durch Eisblockade von jedem Verkehr abgeschnitten worden. Es müssen Flugzeuge eingesetzt werden.

Die Bekämpfung der Landflucht

— Berlin, 24. Jan. Im Siedlungsausschuß des Reichstags stellte ein Regierungsvertreter mit, daß zur Abwendung der ausländischen Landarbeiter und zur Bekämpfung der Landflucht vom Reich und von den Ländern in erheblichem Ausmaß der Werkwohnungsbau und der Bau von Eigenheimstätten für Landarbeiter gefördert werden sei. Seit Ende der Inflation hätten Reich und Länder für diese Zwecke Darlehen in Höhe von 275 Millionen Mark gegeben. Seit 1921 seien 41 000 Eigenheime und 21 000 Werkwohnungen gebaut worden. Die Besitzer von Eigenheimen seien den Tilgungsverpflichtungen bis zum Beginn der Krise pünktlich nachgekommen. Auch während der Krise seien die Tilgungsraten noch zum größten Teil eingegangen. Die Arbeitslosigkeit von Landarbeitern in Dörfern sei zum Teil die Folge falscher Ansetzung oder der Aufstellung der Güter gewesen.

Deutsche Note zur Agrarbeschwerde gegen Polen

— Berlin, 24. Jan. Die Reichsregierung hat vor einigen Tagen durch den Generalsekretär des Völkerbundes sämtlichen Mächten eine Note zugestellt, in der der bekannte deutsche Standpunkt zu der wiederum auf der Tagesordnung des Völkerbundes stehenden Agrarbeschwerde des Deutschen Reichs in Polen dargelegt wird. In den bisherigen vertraulichen Besprechungen hat sich gezeigt, daß der Dreierausschuß des Völkerbundes trotz der eindringlichen deutschen Forderungen nicht gewillt ist, dem deutschen Standpunkt Rechnung zu tragen. Der Dreierausschuß begründet seine Haltung im wesentlichen damit, daß das gegenwärtige Minderheitsverfahren keine Handhabe für ein weiteres schärferes Vorgehen gegen Polen biete. Unter diesen Umständen wird gegenwärtig erwogen, ob nicht die gesamten seit Jahren vor dem Völkerbundsrat stehenden, das Deutschland in Polen unmittelbar berührenden Fragen nunmehr zur endgültigen Entscheidung vor den internationalen Dager Gerichtshof gebracht werden sollen.

Die Schlichtung des Fernost-Konflikts

U. Genf, 24. Jan. Der Wer-Anschluß für den japanisch-chinesischen Konflikt ist am Montag in die Erörterung des abschließenden Berichtes an die Vollversammlung eingetreten, in dem der Zusammenbruch des bisherigen, seit 1 1/2 Jahren geführten Versöhnungsverfahrens des Völkerbundes festgestellt und neue Vorschläge für die Konfliktregelung auf Grund des Artikels 15, Abs. 4 des Völkerbundesstatutes ausgearbeitet werden sollen. Es zeigten sich jedoch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Einige Regierungen, besonders die englische, verlangen, daß die Vorschläge des Vinton-Berichtes als die alleinige Grundlage der weiteren Entscheidung angenommen werden, während andere Regierungen darüber hinausgehend die offizielle Feststellung des völligen Scheiterns aller Versöhnungsversuche und eine endgültige Entscheidung des Völkerbundes unabhängig von der japanischen Regierung fordern. Der Ausschuß beschloß daher, zunächst einen engeren neungliedrigen Redaktionsausschuß einzusetzen.

Nordseeinseln in Eisnot

Eisbittendienst durch Flugzeuge

U. Wilhelmshaven, 24. Jan. Die Nordseeinsel Wangeroog ist durch die Eisverhältnisse vom Verkehr mit dem Festland gänzlich abgeschnitten worden. Da am Montag die Dampferverbindungen eingestellt wurden, hat man sich von Wangeroog aus an die Luftverkehrs-Gesellschaft Wilhelmshaven-Mittlingen gewandt, die bereits im Winter 1929 bei der damaligen Frostperiode die Nordseeinseln von Wangeroog bis Rodeney mit Post, Fracht und Medikamenten versorgte.

Infolge der Eisschwierigkeiten im Ostmer Wattenmeer mußte der Dampfschiffverkehr nach den Inseln Nordstrand und Pellworm eingestellt werden. Während der Verkehr von Ostum nach Nordstrand über den Nordstrander Damm möglich ist, wurde zur Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen dem Festland und Pellworm ein Flugzeug angefordert.

Die Eisbildung im Hamburger Hafen bereitet der kleinen Schifffahrt bereits beträchtliche Schwierigkeiten. 6 kanalische Eisbrecher sind während des ganzen Tages damit

Ruhe für die Wirtschaft

Forderungen des Reichsverbandes der Industrie

Berlin, 23. Jan. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hielt unter dem Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach eine Sitzung ab. In Anknüpfung an die Ereignisse der letzten Wochen wurde mit Bedauern festgestellt, daß von der Politik her neue Unruhe in die Wirtschaft getragen werde, und es als verhängnisvoll bezeichnet, wenn auf diese Weise die bestehenden Ansätze zu einer Rückkehr des Vertrauens und zu einer wirtschaftlichen Besserung wieder zunichte gemacht würden.

Das Präsidium des Reichsverbandes verlangt, daß in der Handelspolitik eine eindeutige, auf die Förderung der Privatwirtschaft gerichtete Linie innegehalten werde, weil nur auf diesem Wege die Schaffung gesunder Entwicklungsgrundlagen zu erreichen sei. Nach Ansicht der Industrie sei es nicht zu verantworten, daß die Rücksichtnahme auf diese oder jene einseitigen Interessen Tag für Tag die Gefahr neuer Rückschläge heraufbeschwöre. Insbesondere bedürfte die Handelspolitik jetzt einer Beruhigung und stabiler Führung, um so mehr, als es sich immer wieder zeige, daß schon die Ankündigung zollpolitischer Maßnahmen zu schweren Rückschlägen für die deutsche Ausfuhr und damit für die Arbeitsmarktlage führe. Die deutsche Industrie erwarte von der Reichsregierung, daß sie alle Störungsversuche entschieden ablehne und dafür Sorge, daß sich die Wirtschaft ihrer gegenwärtigen Hauptaufgabe, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, ungehindert widmen könne.

Das Präsidium halte es weiter für erforderlich, den Termin für den Beginn der Weltwirtschaftskonferenz so nahe anzusehen, wie es die Rücksicht auf die vorherige Lösung des interalliierten Schuldenproblems notwendig macht. Geheimrat Kahl berichtete über das Londoner Ergebnis der Besprechungen zur Vorbereitung der neuen Stillhalteverhandlungen.

Hitler spricht in Berlin

Anlässlich einer Post-Wessel-Fester im Berliner Sportpalast hielt Hitler eine Rede, in der er u. a. ausführte: Es sei ein Krieg entbrannt, der die Nation immer mehr in zwei Lager teile. Das, was wir jetzt erleben, sei eine Generalreinigung unseres deutschen Lebens. Der Ausgang dieses Ringens sei entscheidend über die Zukunft des deutschen Volkes. In solcher Zeit wüchsen die Fanatiker heran, die, wenn es nötig, auch dafür zu sterben wüßten. Diese Männer seien gestorben, um einer kommenden Zeit ein neues Leben zu schenken. Eines Tages werden diese Märtyrer die Toten der großen deutschen Nation sein!

In einer Rundgebung der Dresdener NSDAP. führte Reichstagspräsident Goering aus, statt eines Reichsbankneubaus solle man dem deutschen Volk lieber die Freiheit, statt Strafenbauten die Ehre und statt Wohlfahrt und Almosen das Recht auf Arbeit wiedergeben.

Um die Ablösung der Kriegsschulden

Washington, 23. Jan. Staatssekretär Stimson übermittelte dem englischen Botschafter mündlich die Einladung der amerikanischen Regierung zu Verhandlungen über Kriegsschulden- und Wirtschaftsverträge. Es verlautet erneut, daß Roosevelt im Austausch gegen eine Schuldenherabsetzung hauptsächlich auf die Rückkehr Englands zum Goldstandard, ferner auf die Abschwächung der Ottawaer Beschlüsse und eine Unterstützung der amerikanischen Fernost-Politik abzielt.

Zu der Frage, auf welche Weise voraussichtlich die Kriegsschuldenfrage zwischen Amerika und England geregelt werden wird, meldet der New Yorker Berichterstatter des „Observer“, daß man in amerikanischen Kreisen die Ablösung der Schulden durch die Zahlung einer Pauschalsumme für die wahrscheinlichste Lösung halte. Die amerikanische Finanz sei zur Unterstützung dieses Planes bereit, falls er die Zustimmung Englands finde. Sie sei der Ansicht, daß diese Regelung einen günstigen Einfluß auf den englischen und amerikanischen Staatshaushalt habe und sich daraus eine ungeheure Belebung des Handels ergeben würde. Hieran würden jedoch die Länder, die ihre Schuldenverpflichtung nicht erfüllt haben, nicht teilnehmen. Die vorbereitenden Arbeiten für eine englisch-amerikanische Konferenz würden sofort in Angriff genommen werden, so daß die Verhandlungen Anfang März beginnen könnten.

Kleine politische Nachrichten

Ein badisches Arbeitsbeschaffungsprogramm. Die badische Regierung meldete bei Dr. Gercke ein badisches Arbeitsbeschaffungsprogramm von vorerst 25 Millionen für staatliche und kommunale Arbeitsbeschaffung an; da aber nun Kreise, Städte, Gemeinden und Körperschaften schon bereits Anmeldungen für 28 Millionen eingereicht haben, liegen jetzt in Berlin schon Anmeldungen für Arbeitsbeschaffung in Baden in der Höhe von ungefähr 44 Millionen vor.

Landeskirchentagswahlen in Thüringen. Am Sonntag fanden in Thüringen die Wahlen zum Landeskirchentag statt. Während bisher im Landeskirchentag der Liberale Volkskirchentag und der Konservative Christliche Volksbund führten, hat das neue Ergebnis eine grundlegende Veränderung gebracht. Die Gruppe der Deutschen Christen, die weltanschaulich den Nationalsozialisten nahesteht, vereinigte von rund 228 000 abgegebenen Stimmen 67 700 Stimmen auf sich. Der Christliche Volksbund folgt mit rund 43 600, während der Volkskirchentag an dritter Stelle mit rund 44 000 Stimmen steht.

Herriot über die Beziehungen zu Berlin und Rom. Im Lyoner „Démocrate“ veröffentlicht der ehemalige französische Ministerpräsident Herriot einen Artikel, in dem er sich mit der deutsch-französischen und der italienisch-französischen Frage auseinandersetzt. Er erklärt u. a., Deutschland ver-

folge sein Programm mit Methode. Während Frankreich an der Schwelle neuer Leiden stehe, gehe Deutschland dem wirtschaftlichen Aufschwung entgegen. Seine Wünsche nach einer Annäherung mit Italien seien geistert. Von dieser Seite sei im Augenblick nichts zu erwarten.

England und die Weltwirtschaftskonferenz. Die Londoner Presse spricht im allgemeinen ihre Befriedigung über den Bericht des Vorbereitenden Sachverständigenausschusses für die Weltwirtschaftskonferenz aus. England habe sich natürlich in keiner Weise auf eine Rückkehr zum Goldstandard festgelegt, und nirgends finde sich der Vorschlag, zum Goldstandard überhaupt oder innerhalb einer bestimmten Zeit zurückzukehren, wenn nicht die Vorbedingungen hierfür erfüllt sind.

Die türkische Regierung plant große Flußregulierungen in Mesopotamien an den Flüssen Tigris, Euphrat, Mäander, Sararia und Gediz. Staubecken und Talsperren sollen angelegt werden zur Gewinnung elektrischer Kraft und zur regelmäßigen Bewässerung der Landschaften. Zunächst werden türkische Ingenieure zum Studium der bayerischen Wasserkräfte nach Deutschland geschickt werden.

Erneute Ablehnung englischer Vermittlung in Schankaitwan. Wie die Agentur „Schinbun Nengo“ mitteilt, hat der Chef der japanischen Seestreitkräfte in Tsingwangtan den erneuten Vermittlungsvorschlag des Chefs der britischen Flotte, Admiral Kennys, auf Wiederherstellung normaler Verhältnisse bei Schankaitwan abgelehnt.

Grippe-Epidemie nun auch in Frankreich

Die Grippeepidemie, die nunmehr auch in Frankreich immer mehr um sich greift, hat besonders in den nordfranzösischen Provinzen große Teile der Bevölkerung befallen. In den Kasernen und den Schulen sind teilweise über 60 Prozent der Soldaten oder Schüler an Grippe erkrankt. Die Postverwaltung von Lille hat sich bereits gezwungen gesehen, die Austragung der Post nur zweimal täglich vorzunehmen, da nicht genügend Personal vorhanden ist. In Nancy sind sämtliche höheren Schulen geschlossen worden.

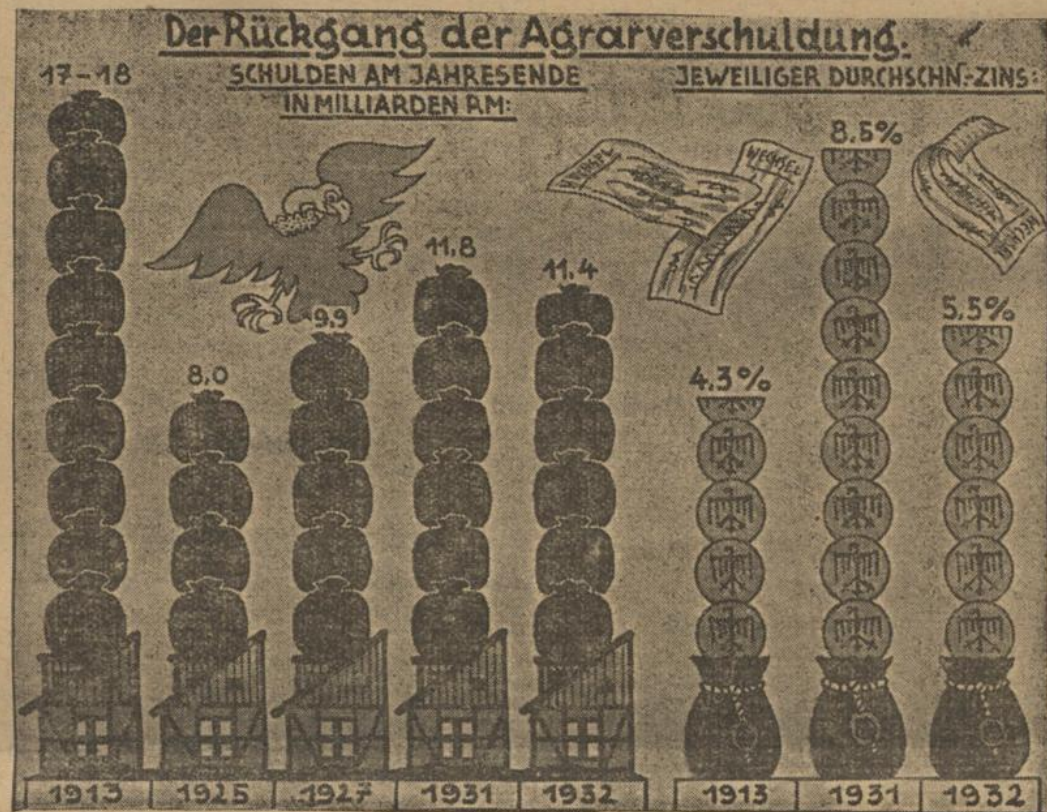
Schlacht im Gran Chaco

Bolivianischer Angriff abgeschlagen.

El Rio de Janeiro, 23. Jan. Im Gran Chaco fand am Samstag eine Schlacht zwischen Bolivianern und Paraguayanern statt. Die Bolivianer griffen unter Verwendung von Flugzeugen und Artillerie mit 4000 Mann an, wurden jedoch, wie aus Muzion gemeldet wird, nach langem und erbittertem Kampf von den Paraguayanern unter großen Verlusten in die Flucht geschlagen. Die Bolivianer sollen über 300 Tote verloren und über 600 Verwundete zu beklagen haben.

Gedenket der hungernden Vögel!

Das Schuldenproblem der Landwirtschaft



Eines der wichtigsten Probleme der deutschen Wirtschaft ist die Verdrängung der Landwirtschaft, die die Reichsregierung wiederholt genötigt hat, einzugreifen, so auch jetzt durch eine neue Verordnung über den Vollstreckungsschutz. Eine Uebersicht über die Höhe der Gesamtverschuldung ergibt die bemerkenswerte Tatsache, daß die Schulden der Landwirtschaft, die in den Nachkriegsjahren immer mehr angewachsen sind, und im Jahre 1931 mit einem Gesamtbetrag von 11.8 Milliarden ihren Höhepunkt erreichten, im vergangenen

Jahre zum ersten Male eine rückläufige Tendenz zeigen. In diesem Jahre hat sich die Schuldenlast um etwa 400 Millionen Mark verringert und ist jetzt um etwa 6 Milliarden niedriger als vor dem Kriege. Von größtem Einfluß auf diese Entwicklung war der Rückgang der Zinssätze. Im vergangenen Jahre betrug der durchschnittliche Zinssatz nur noch 5,5 Prozent, während es ein Jahr vorher noch 8 Prozent mehr waren. Allerdings ist dieser Zinssatz immer noch erheblich höher als vor dem Kriege.

Deutscher Winter

Von Rudolph Straß.

Von den Bergen steigt der Winter nieder zur deutschen Erde, bis zur schäumenden, grauen Brandung längs der Eisgipfeln der Waterkant. Schnee über Städten und Stoppeln, über Nebeln und Hüben, über der einsamen Siedlung am Rand des Winterwalds und dem über Nacht entstandenen Märchenreich im Nauhreis des winterlichen Parks im Herzen der Großstadt. Eine verträumte Adventsstimmung, eine Vorahnung von Weihnachten, wie eine Erinnerung aus Kinderzeit, in den windigen Gassen alter deutscher Städte.

Der erste Schnee. Der Winter. Und der erste Gedanke bei vielen, auch heute noch: Winterport! Gewiß: Bald rutschen die Hörnerschlitten in Schreiberhau und sausen die Vohlsleigs von Oberhof und ziehen die langen Bretter ihre Doppelspur in den Firn des Kreuzecks und fühlen die „Pflastermüden“ Nerven den Egen heißer Sonne und eis dünner Luft im Wind um die Ohren.

Aber es gibt neben dem abendlichen Tanz in hell erleuchteten Vergnügungsorten auch noch eine andere, eine ernstere Sprache des deutschen Winters. Das ist das Klingeln der Glocken an den Schlitten, die jetzt das Langholz zu Tal schafften. Es gibt ein anderes Gleiten als das des Ski-Spring. Das sind die Kufen, auf denen jetzt der Jung auf den Alder gefahren wird, die Startoffeln aus geöffenen Mieten heimgebracht, das Vergnügen aus den Ställen in die Ställe. Es gibt eine andere Musik des Winters als die Kapelle auf der Eisbahn. Das ist das Dröhnen des Dreschmotors und der Windmaschine, die draußen im Lande an rauhen Wittertagen die Spreu vom Weizen sondert.

Unser täglich Brot gib uns heute! — Das ist die feierliche Sprache des großen, weichen Schweigens, wenn der Schnee in stummer Wohlmut mit weicher Decke die Winterlaas vor dem Erfrieren schützt, wenn er tauend das Erdreich mit Feuchtigkeit für Frühling und Ernte trinkt. Eine Ernte, die niemand mehr not hat als heutzutage Deutschland.

Ein Winter der Not. Und die Not am höchsten da, wo der Winter am härtesten: da oben in dem treuen Ostpreußen. Es gab schon einmal dort einen Winter der Not. Wer ihn gesehen, vergißt ihn nicht — den Winter 1914/15 zwischen der Memel und der Alle. Die schwarzen Flecken im weissen Schnee — Brandstätten der von den Kosaken vertriebenen Dörfer — die Krähenschwärme, die krächzend von den steingefrostenen Stadaerbücheln verhungerten Viehs aufstiegen. Jetzt ist da eine andere Not. Überall in deutschen Landen. Der Schnee deckt nur die Sorgen zu. Er bannet sie nicht. Und doch singt das der Winterwind jedem, der hören

kann, in die Ohren: Du Land unterm Schnee — du ganzes deutsches Land — du mußt helfen — diesen Winter — du mußt dir selber helfen, Deutscher, indem du deinem deutschen Nächsten hilfst, und vor allem du stades Land, du Treuhänder deutscher Lebensnotdurft — du mußt da helfen, wo die vielen Häuser stehen und wo die vielen Schlote rauchen! Denn denen in Deutschland, die noch da draußen im deutschen Winter und mit dem deutschen Winter leben — ihnen ist vielleicht heutzutage nicht viel gegeben, aber noch viel gelassen: Ruhe und Frieden. Sogar manchmal noch jetzt.

„Am stillen Herd — zur Winterszeit — wenn Burg und Hof mit eingeschneit“ — so wie der Schnee den Schall dämpft, so stillt er auch die Unrast der Stunde. Mancher lernt da wieder das Lesen in dem alten Buch, „vom Abn vermacht“ — dem ewigen Buch, das Deutschland heißt. Vielleicht ahnt er dann, daß wir Deutschen, in unserer Armut, die größten Verschwender sind, weil wir nicht wissen, wie reich wir sind.

Reich, um uns, an verborgenen Schönheiten deutscher Lande — gerade auch im Winter. Sei es schon um unseren tausendjährigen Drang nach dem Süden — aber vergeßt dabei nicht den großen, tiefen Eindruck des deutschen Winters! Sucht, wenn ihr reist, auch den deutschen Winter auf!

Nicht nur als Tummelplatz für Sport bei Tag und Tanz bei Nacht. Die weißverschneiten, dunkelgrünen Tannen des Schwarzwalds, goldener Sonnenglanz auf der weissen Brockenkuppe, die Patriziergiebel von Lübeck oder Braunschweig im Schnee, die phantastische Eiszapfenwildnis der Parinacklamm, das verschneite Heidelberger Schloß im Abendrot — es gibt der unbekannten Wunder genug.

Sie sind das äußere, das sinnfällige Bild Deutschlands im Schnee. Aber hinter den Augen wohnt das Hirn. Hinter dem Sehen gibt es eine Sammlung. Der Winter ist die Zeit der Einkehr. Nicht der Einfachheit. Das kleinste Dorf ist heute durch Rundfunk, Schallplatten, Zeitungen mit der großen Welt verbunden.

Aber es hat seinen Abstand von der Welt. Ihn kann jeder gewinnen — auch mitten in der Stadt — mitten in Berlin. In diesem Abstand wird die innere Stimme wach und mahnt zur richtigen Wertung der Dinge. Mahnt wider den großen Leerlauf des Lebens gerade oft da, wo in „Betrieb! Betrieb!“ und „Tempo! Tempo!“ der Puls der Zeit scheinbar am stärksten und doch im Fieber schlägt!

Und drüht der Winter noch so sehr über Deutschland — es kommt ein Morgen — da ist die Luft felsam lau und weich, und Windstöße erwachen und wachen und tosen, und Stimmen im Sturm künden es: Winterwende! Frühling in Deutschland! Komm, deutscher Frühling!...

